

Grenznahe geplante emittierende Grossanlagen in Sennwald und Rüthi (SG) waren die Umwelt-Schreckgespenster für Liechtenstein

Vorbemerkung

Geplante emittierende Grossanlagen in Rüthi und Sennwald (SG) beschäftigten in den 1960/70-er Jahren die BewohnerInnen des Alpenrheintals intensiv und führten zur ersten Sensibilisierung für Umweltbelange. Es waren dies zugleich meine ersten grenzüberschreitenden Umweltkontakte mit St. Galler, Vorarlberger und Liechtensteiner Aktionskomitees gegen solche Werke. Der Zeitzeugen sind wenige geworden, darum hier der Versuch, über diese damaligen Vorhaben noch einiges festzuhalten. Als Gedächtnisstütze dienten mir drei Archivschachteln voll von Zeitungsartikeln aus der damaligen Zeit, ergänzt durch viele Korrespondenzen und Gutachten.

Daten und Fakten zu den geplanten Grossanlagen

Es fing mit der Oleodotto del Reno – der Erdölpipeline – an. Sie wurde 1966 als «Central Europe Line» von Genua nach Ingolstadt durchs Alpenrheintal erstellt und konnte 1.1 Millionen Barrel pro Tag (1 Barrel= 159 Liter) transportieren. Mit dem Bau der Öl-Pipeline erhoffte sich die St. Gallische Kantonsregierung günstigere Rahmenbedingungen für die industrielle Entwicklung der Region. Die Möglichkeiten des weiteren Ausbaues der Wasserkraft wurden bereits damals als eng begrenzt gesehen. Die zusätzliche Energie sollte vorerst in thermischen Kraftwerken klassischer Bauart (Kohle, Öl, Gas) erzeugt werden. Ein Projekt der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) von 1963 sah ein Öl-Kraftwerk im Raum Rüthi-Sennwald vor. Das eigentliche Kraftwerk mit einem Teil des Betriebslagers sollte bei Rüthi, das Haupt-Tanklager hingegen in den Sennwalder Auen zu liegen kommen, wo zusätzlich eine Raffinerie gebaut werden sollte. Die beiden Standorte liegen etwa 4 km voneinander entfernt. Die NOK kaufte 1963 von der Ortsgemeinde Rüthi den benötigten Boden. Die erste Ausbaustufe in Rüthi sah zwei Blöcke mit einer Leistung von je 150 MW vor und jede Gruppe verbräuchte 35 Tonnen Erdöl pro Stunde. Es sollte wahlweise Roh- oder Schweröl verbrannt werden.



Standort des geplanten Kernkraftwerkes Rüthi, heute Umspannwerk

Das bei der Verbrennung von Öl sich bildende Schwefeldioxid sollte durch ein möglicherweise 180-200 m hohes Kamin abgeleitet werden. Das Kraftwerk hätte ohne Rauchgaswaschanlage und ohne Entschwefelung täglich etwa 33 Tonnen Schwefeldioxid ausgestossen.

Auf den Widerstand gegen diese Pläne wird noch eingetreten. Ende der 1960-er Jahre kam aufgrund der Opposition gegen dieses Vorhaben die Idee für ein Kernkraftwerk am selben Standort in Rüthi, wenige hundert Meter von der Staatsgrenze entfernt auf. 1972 stellte das Betreiberunternehmen NOK seine Pläne der

Öffentlichkeit vor. Das Kernkraftwerk sollte über eine Leistung von 800-900 MW verfügen und einen Kühlturm von 150 Meter aufweisen. Geplant war, den Betrieb im Jahre 1978 aufzunehmen. Auch dagegen entwickelte sich heftiger regionaler Widerstand. In der Folge wurden die Planungsarbeiten für das Kernkraftwerk offiziell am 20. Februar 1980 eingestellt. Heute steht dort ein Umspannwerk.

Am Standort der geplanten Öl-Raffinerie wurde ab 1972 ein Heizöl-Umschlagsplatz mit Reinigung der angelieferten Ölprodukte aus der Pipeline errichtet. Diese Destillationsanlage nahm ihren Betrieb



Damals auf manchen Autos zu sehen: Kleber auf Autos gegen Öl-Destillerie, Öl-Raffinerie ...

Ende 1974 auf. Sie hatte eine jährliche Kapazität von 700'000 Tonnen mit einem Tankvolumen von 99'000 m³ und dient der Versorgung der Region mit Heizöl. Die «Raffinerie Rheintal AG» als Betreiberin hatte ein Bezugsrecht von 2 Mio. Tonnen pro Jahr aus der Pipeline. Die Informationspolitik St. Gallens war diesbezüglich – wie selbst erlebt – mehr als dürftig. In einer Beantwortung von Regierungsrat Dr. Simon Frick auf eine Interpellation Dürr-Gams vom 17. Februar 1971 heisst es, dass von der Umschlagsanlage «keine Luftverunreinigung ausgeht, die irgendwie nachteilig sein könnte». Zudem sei mit der Orientierung durch die Regierung abgewartet worden «bis die

Raffinerie Rheintal AG sich definitiv entschlossen hatte, sobald die notwendigen Bewilligungen erteilt seien, effektiv zu bauen. Es hätte keinen Sinn gemacht zu orientieren und dabei Gefahr zu laufen, dass der Bauherr nach der erteilten Bewilligung trotzdem nicht gebaut hätte. Vorsicht und Klugheit war am Platze» (sic, ohne weiteren Kommentar).

Die beiden Grossanlagen – Kernkraftwerk und Raffinerie – wurden also nicht gebaut, hingegen eine Öl-Destillationsanlage in Sennwald, die maximal 37 kg SO₂ pro Stunde ausstossen sollte. Dort bestand lange der Verdacht, dass diese zur Raffinerie ausgebaut werden sollte. Darum galt hier die Devise «wehret den Anfängen». Auch zu diesem Thema später mehr.

Der Betrieb der Erdölpipeline wurde wegen Umweltproblemen und hohen Sanierungskosten am 3. Februar 1997 eingestellt. Auf dem Kantonsgebiet von St. Gallen erfolgte die Umnutzung in eine Erdgas-Hochdruckleitung im Jahre 2009. Wirklich ad acta gelegt wurden auch später Pläne für grössere Anlagen in Rütli noch nicht, d.h. Optionen wurden offen gehalten. So blieb der Boden in Rütli im Besitz des Stromunternehmens.



... und Atomkraftwerk

Der organisierte Umwelt-Widerstand



Die realisierte Destillationsanlage in Sennwald stand nicht im Fokus Vorarlbergs, da ursprünglich in Lustenau ebenfalls eine geplant war, dazu eine Karikatur von Louis Jäger für unsere Tageszeitungen.

Gruppe, die einen Sarg mitführte, auf dem «der letzte Rheintaler» stand. Der Widerstand gegen das geplante Kernkraftwerk Rütli wurde in Vorarlberg wesentlich vom «Weltbund zum Schutze des Lebens» mit Dr. Walter Gächter, Lungenarzt, und Robert Par getragen. Auch später noch regte sich Widerstand gegen Schweizer AKWs. 1991 kamen, sensibilisiert durch das geplante Atomkraftwerksprojekt Zwentendorf, aus Vorarlberg 20'000 Einsprachen gegen eine definitive Betriebsbewilligung für das KKW Mühleberg im Kanton Bern, die allerdings abgewiesen wurden. Auch die Raffineriepläne in Sennwald wurden mit Skepsis von Seiten Vorarlbergs beobachtet. Gegen die Destillationsanlage Sennwald opponierte Vorarlberg allerdings nicht, da ebenso eine Anlage in Lustenau im Gespräch stand.

Ein «Aktionskomitee für die Reinhaltung der Luft im Rheintal» meldete sich auf der St. Galler Seite im Jahre 1964 wegen des geplanten Thermischen Kraftwerkes bei der St. Galler Regierung und doppelte mit Schreiben vom Oktober 1964 nach. Es wurde vom Komitee festgestellt, dass der St. Galler Regierungsrat mit allen Mitteln die Werke durchsetzen wolle und die bestehenden Gefahren bagatellisierte. Mit Versammlungen und einer Petition im November 1964 wurde ein Referendum über die geplante Anlage verlangt. Der Grosse Rat verschärfte darauf die Konzessionsbedingungen. Ein Verein «Rütli Nein» wurde auf der Schweizer Seite im Jahre 1975 in Altstätten mit rund 500 Mitgliedern gegründet. Im Vorstand sass u.a. der damals noch für den «Landesring der Unabhängigen» politisierende Franz Jäger. Der Verein existierte noch bis zum Jahr 1993 und machte nochmals auf sich aufmerksam, als Rütli im Gespräch als Ausweichstandort für das gescheiterte Kernkraftwerk Kaiseraugst zur Diskussion stand. Auch die Umweltschutzkommission der «Arbeitsgemeinschaft Rheintal-Werdenberg», unter dem Vorsitz des Nationalrates Andreas Dürr, nahm sich ab August 1972 der Thematik an. Dort nahmen wir als Beobachter von der liechtensteinischen Seite teil. Ebenso wehrte sich vergeblich eine «Aktion

Der heftigste Widerstand gegen die Grossanlagen, insbesondere gegen das Kernkraftwerksprojekt in Rütli, kam aus Vorarlberg, organisiert von der auflagenstarken Tageszeitung «Vorarlberger Nachrichten» mit ihrem damaligen Chefredakteur Franz Ortner. Alle im Vorarlberger Landtag vertretenen Parteien hatten ihre Landesregierung aufgefordert, «alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um einen Ausbau der Kernkraft in der Schweiz zu verhindern». Am 11. September 1965 fand deswegen die grösste Umwelt-Demonstration in Feldkirch mit 10'000-25'000 Personen gegen die Ausbaupläne statt (siehe <http://www.feldkirch.at/rathaus/archiv/dateien/ruethi-nie.pdf>). Für Aufsehen sorgte eine



Weitere Karikatur von Louis Jäger.

Landwirtschaft Sennwalderau», da sie durch die Grösse der ausgeschiedenen Industriezone eine Existenz-Bedrohung der Landwirtschaft sah.



Öltanklager Sennwald mit Blick vom Bergli Kirche Sennwald in Richtung Schellenberg.

Ca. eine Woche nach der Bewilligung der Destillationsanlage durch die Behörden des Kantons St. Gallen gründete sich anfangs Mai 1972 in Liechtenstein ein «Aktionskomitee sauberes Rheintal». In ihm waren die Unterländer Gemeindevorsteher und Landtagsabgeordneten neben weiteren besorgten Personen vertreten. Die Postadresse lag bei Ing. Beda Meier in Schaanwald. Ich entsinne mich auch noch der regen Teilnahme des damaligen Generaldirektors Gerhard Boeglin von den Press- und Stanzwerken (Presta) in Eschen, dessen Wohnhaus in Sichtweite der Anlage liegt. Es bestand damals der starke Verdacht, dass es um eine «Salamitaktik» gehe,

indem die Destillationsanlage die Vorstufe für eine Raffinerie darstelle, zumal der damalige Bundesrat Bonvin aussagte, dass eine dritte Raffinerie in der Schweiz ins Rheintal zu stehen komme. Ebenso liess der Aufkauf von 89 ha Land solches zu. Die Destillationsanlage war ab 23. September 1972 im Bau. Die betreibende Firma hiess «Raffinerie Rheintal AG».

Die Hauptarbeit des erwähnten liechtensteinischen Aktionskomitees stützte sich vorerst auf die Bekämpfung der Destillationsanlage bzw. setzte sich für mindestens klare Auflagen für dieses Werk ein. In der Destillieranlage sollten jährlich 14-20'000 Tonnen schwefelhaltiges Heizöl verbrannt werden, was einem stündlichen Ausstosswert von 37 kg SO₂ entspricht. Das schien ein bescheidener Ausstoss, war aber der damalige Wert aller liechtensteinischen Emittenten vom Haus- bis zum Industriekamin. Es fanden Informations- und Protestversammlungen statt, ebenso wurden 6'000 Unterschriften gesammelt. Das Aktionskomitee setzte sich intensiv für eine Rauchgas-Entschwefelungsanlage ein. Es wurden die orographischen und klimatischen Bedingungen im Rheintal als nicht harmlos beurteilt. So beanspruchte dieses Werk mit einer Selbstverständlichkeit drei Viertel der möglichen Ausnutzung der maximalen Immissionserhöhung des international bereits hohen schweizerischen Grenzwertes für SO₂. Auf die grenznahe Situation wurde dabei keine Rücksicht genommen, ebenso wenig dass die höchsten errechneten Immissionswerte den Schellenberg auf liechtensteinischem Staatsgebiet treffen. Ein Gutachten des technischen Überwachungsvereins Essen hielt denn auch fest, dass Vegetationsschäden in meist gefährdeten Gebieten nicht auszuschliessen seien und nach deutschen Normen diese Anlage gar nicht gebaut werden dürfe, da diese Emission einem einzigen Emittenten nicht erlaubt sei.

Ich habe im liechtensteinischen Aktionskomitee ab der Stunde null Einsitz genommen. An einer Orientierungsversammlung der «Aktion Sauberes Rheintal» mit Unterstützung der Gemeindevorsteher des Fürstentums Liechtenstein am 21. Juli 1972 nahmen rund 700 Personen teil. In der kontroversiellen Veranstaltung berichtete ich über die Gefährdung der Pflanzenwelt und die Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes. Der Liechtensteiner Landtag trat in der Ferienzeit im Juli 1972 zu einer Sitzung zusammen und drückte seine grosse Besorgnis hinsichtlich des Baues der Destillationsanlage in Sennwald aus. In einem mehrseitigen Beitrag «Luftverunreinigung durch die Destillationsanlage Sennwald?» vom 1. November 1972 in der Morgenausgabe der Neuen Zürcher Zeitung durfte ich die Bedenken Liechtensteins ausführlich darlegen.

**GAFTANWELN
GÜR LIECHTENSTEIN**

**Heizöl-Umschlagplatz
und Raffinerie Sennwald.
Unser Lebensraum ist
bedroht!**

Folgen erhöhter Schwefeldioxidbelastung:

- Gesundheitliche Schäden
- Verschmutzung und Zerstörung unserer Landschaft
- Verminderung des Wohn- und Erholungswertes unseres Lebensraumes
- Verminderung der landwirtschaftlichen Erträge
- Gefährdung wertvoller Naturreservate
- Gefährdung des Grundwassers

Eine angekündigte Ölpreisverbilligung wiegt alle diese negativen Einflüsse nicht auf!

Wird das Gewässerschutzamt diese Giftquelle bewilligen?

**Schmutz über den Gartenzaun
zu werfen, entspricht nicht
freundnachbarlichen Beziehungen!**

Wir sind gegen den Bau eines Öluerschlagplatzes und einer Raffinerie vor unserer Haustüre.

Jugend Union in Liechtenstein

Widerstand aller Orten gegen die Vorhaben in Sennwald

Liechtenstein holte sich damals Gutachter wie Dr. T. Gilbert vom Technischen Überwachungsverein Essen und Dr. K.F. Wentzel von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden. Von liechtensteinischer Seite waren der Landtagsabgeordnete und spätere Regierungsrat Dr. Georg Malin und der Landtagsabgeordnete Dr. Franz Beck mit dem Thema massgeblich beschäftigt. Ebenso erfuhr Liechtenstein eine Unterstützung durch den Zentralsekretär der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz, den Umweltjuristen Dr. Heribert Rausch und den Staatsrechtler Dr. Luzius Wildhaber, was die grenznahe Belastung betrifft.

Geburtsstunde des liechtensteinischen Umweltschutzes

Die Gründung der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) am 8. Februar 1973 im Beisein des Landesfürsten Franz Joseph II und mit 561 Gründern war ein deutliches Signal des Abwehrkampfes gegen die geplanten Grossanlagen. Erstmals ergaben sich dadurch auch eine grenzüberschreitende Sicht und Erfahrungen einer Talgemeinschaft. Bereits in ihrer 2. Sitzung vom 26. Februar 1973 beschäftigte sich der LGU-Vorstandsausschuss mit Sennwald. Es wurde als erstes

vereinbart, sich voll auf eine Reduzierung des SO₂-Ausstosses mit einer Rauchgasentschwefelung zu konzentrieren. Umgehend wurde am 18.4.1973 ein Dossier geschaffen, ob solche Anlagen dem Stand der Technik entsprechen und auch wirtschaftlich vertretbar sind, was bejaht werden konnte. Meine Rolle dabei war diejenige des ersten Geschäftsführers der LGU. Die Fürstliche Regierung drückte in einem Schreiben vom 30. Januar 1973 an die St. Galler Regierung ebenso ihre Befürchtungen wegen zu hoher Schwefelkonzentrationen am Schellenberg aus und verwies auf völkerrechtliche Aspekte durch die grenznahen Anlagen. Die Regierungsverhandlungen vom 21. August und 8. November 1974 zwischen Liechtenstein und St. Gallen verliefen zäh und erbrachten keine Zusagen zur Rauchgasreinigung, die LGU war in die Sennwald-Verhandlungen aktiv eingeschaltet.

SO-Immissionen auf liechtensteinisches Hoheitsgebiet

Die Gefährdung der Vegetation durch das projektierte Kraftwerk in Rüthi wurde durch den zugezogenen Experten Dr. Karl Friedrich Wentzel noch damals in der Landesanstalt für Bodennutzungsschutz in Nordrhein-Westfalen in einem Gutachten vom 14.12.1965 wie folgt bewertet: «Die Wahrscheinlichkeit, dass Vegetationsschäden in den Bergwäldern des Rheintals durch das projektierte Kraftwerk Rüthi, insbesondere in Höhe der Lawinenschutzwälder, auftreten werden, ist wesentlich grösser, als die vage Hoffnung, dass sie ausbleiben werden». Bedenken wurden später auch für die Destillationsanlage in Sennwald geäussert. Bei der Betriebsaufnahme im Juni 1975 wurde erklärt, dass der Schwefelgehalt des Brennstoffs auf ein Prozent beschränkt sei, was den strengsten Vorschriften entspreche, die in der Schweiz Gültigkeit hätten. Die Schwefeldioxid-Emission der Umschlags- und Reinigungsanlage sei grössenmässig mit der Winteremission der Ölheizungen einer kleinen Stadt ohne Industrie mit ca. 1'500 Familien vergleichbar (VN 2.6.1975). Aufgrund der ungünstigen meteorologischen und topografischen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der neusten Forschungsergebnisse über Toxizitätsgrenzen bei Pflanzen wurden am Eschnerberg und am Dreischwesternmassiv 23 Kontrollflächen wegen dem SO₂-Auswurf der Destillationsanlage beprobt. Mit Hilfe der Forstlichen Bundesversuchsanstalt in Wien wurden die verschiedenen Orte ausgewählt. Damit sollte ein sogenannter «Nullwert», also die von der Anlage unbeeinflussten Werte ermittelt werden. Die erste standardisierte Probenahme fand im November 1973 statt und wurde in der landwirtschaftlichen-chemischen Versuchsanstalt Rotholz in Tirol ausgewertet (siehe doc1.lbfl.li/aap/000A040930.pdf). Mit den ersten Werten besass Liechtenstein eine gültige, wissenschaftlich stichhaltige Beweissicherungsmethode vor Errichtung von weiteren Anlagen in Sennwald und allenfalls weiteren Folgeindustrien. Wie viele jährliche Probennahmen stattfanden, weiss ich nicht mehr. Diese Untersuchungen fanden jedenfalls noch vor den späteren Sanasilva-Untersuchungen anfangs der 1990er Jahre im Zeichen des «Waldsterbens» statt.

Abschliessend darf festgestellt werden, dass die geplanten und nicht realisierten Grossanlagen in Rüthi und Sennwald die Geburtsstunde der Liechtensteiner Umweltbewegung war. Es zeigte sich eine starke Geschlossenheit gegen diese emittierenden Grossanlagen in Liechtenstein. Diese vermisste ich kurz darauf im Kampf gegen ein Öltanklager Ställa in Schaan oberhalb eines nahen Naturschutzgebietes. Hier wurde mit Lagerung in Notzeiten argumentiert, zu Lasten des Naturschutzes. Das Tanklager ist längst wieder abgebrochen.

Mario F. Broggi, 13.6.2018